IGMigration

RESSORT MIGRATION

Bundesmigrationskonferenz der IG Metall 2011

→ **Migration im Mittelpunkt der IG Metall – Statements und Eindrücke**

→ **Kommentar von Prof. Dr. Klaus J. Bade**

→ **Initiative „Respekt!“**

18 . Ausgabe // April 2011

Foto: IG Metall/Kirchgässner

Willkommen zur neuesten Ausgabe von IGMigration!

Alle Menschen sind der Reichtum dieses Landes – so das Motto der Bundesmigrationskonferenz der IG Metall. Aber wird dieser Reichtum in Deutschland wirklich wahrgenommen und anerkannt? Blickt man auf die derzeitige Situation im Schulsystem, in der Ausbildung oder im Arbeitsmarkt, lässt sich klar sagen: Nein, hier werden Potenziale verschwendet. Und dies liegt nicht etwa am fehlenden Integrationswillen, sondern an einer verfehlten Integrationspolitik! Die Ursachen für die Situation sind nicht in unterschiedlichen Kulturen oder Religionen zu suchen, sondern in Missständen, die durch die Politik nicht behoben werden. Noch immer verhindern strukturelle Benachteiligungen, dass alle Menschen ihre Begabungen in die Gesellschaft einbringen können. Mit einem Bildungssystem, das Aufstiegschancen vom Sozialstatus oder der Herkunft abhängig macht, werden sowohl Menschen in ihrer Würde verletzt und ihnen die freie Gestaltung von Lebensperspektiven verwehrt als auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gefährdet.

Aber auch auf dem Arbeitsmarkt muss sich einiges ändern. Die Verantwortung hierfür liegt klar in der Unternehmenspolitik und der derzeitigen Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik. Vor allem für die junge Generation, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, müssen zukunftssichere Ausbildungsplätze und existenzsichere Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Sie darf nicht in Leiharbeit und prekäre Beschäftigung abgeschoben werden. In Deutschland herrscht derzeit eine doppelzüngige Diskussion: Auf der einen Seite wird nicht ausreichend in Aus- und Weiterbildung investiert und auf der anderen Seite zeigt man sich überrascht über den Facharbeitermangel. Das kann so nicht sein! Wir benötigen Qualifizierung im Land, gute Weiterbildungschancen für alle, aber auch eine faire Auseinandersetzung zum Thema Fachkräfteanwerbung.

Wir müssen uns im Betrieb, in Tarifverhandlungen und in der gesellschaftspolitischen Debatte kritisch einmischen, um diese Situation zu verändern. Wir müssen uns dafür einsetzen, diese Ungerechtigkeiten zu beheben, damit alle hier lebenden Menschen die gleichen Chancen haben. Dazu tragen die IG Metall, die Migrationsausschüsse und die vielen Aktiven in Verwaltungsstellen und Betrieben tagtäglich bei. Die Bundesmigrationskonferenz bot einen klaren Ansatzpunkt für unsere Arbeit. Nun müssen wir dafür sorgen, dass die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund weiterhin auf der Tagesordnung bleiben. Wir müssen gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft und gegen Spaltung und Diskriminierung streiten!

Detlef Wetzel
2. Vorsitzender der IG Metall

impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler, IG Metall Vorstand, Frankfurt a. M.
Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2524, E-Mail: igm-migration@igmetall.de
Redaktion: DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung, Düsseldorf
Konzept und Gestaltung: kus-design, Mannheim; Maria Peitz, IG Metall Vorstand // Druck: alpha print medien AG, Darmstadt
Titel: kus-design, Mannheim; alle Fotos von der Konferenz: Michaela Dälken, Orhan Aldemir, Ali-Riza Güler

inhalt

4 Gemeinsam für ein gutes Leben – alle Menschen sind Deutschlands Reichtum (Bundesmigrationskonferenz der IG Metall)

7 Kommentar: Prof. Dr. Klaus J. Bade

8 Dein Recht

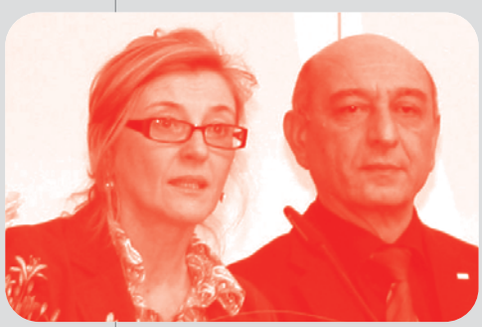
9 „Wir geben nicht auf!“ Betriebsratsgründung bei Fa. Volz

11 Russischsprachige KollegInnen in und mit der IG Metall

12 in eigener Sache

14 Marktplatz

16 Zu guter Letzt



news-ticker

++ Luxemburg: Ausländer können Bürgermeister werden — Während in Deutschland Drittstaatsangehörige nicht einmal auf kommunaler Ebene wählen dürfen, können Menschen ohne luxemburgischen Pass in Luxemburg seit Februar 2011 erstmals Bürgermeister oder –meisterin werden. Voraussetzung dafür ist, dass sie seit fünf Jahren in Luxemburg leben. Gleichzeitig wurde für sie in Luxemburg auch das Schöffenamt geöffnet. **++ Einbürgerungen von türkischen Staatsangehörigen —** Etwas über 300.000 Personen türkischer Herkunft sind zwischen 2002 und 2009 in Deutschland eingebürgert worden, das sind ca. ein Drittel der gesamten Einbürgerungen. Insgesamt wurden über 967.000 Menschen in dem Zeitraum eingebürgert. Fast fünf Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit leben seit mehr als acht Jahren in Deutschland und erfüllen damit eine der Voraussetzungen für die Einbürgerung. Die Einbürgerungszahlen sind seit 2004 gesunken. Einer Bundestagsdebatte zur Einbürgerung zufolge soll es jedoch frühestens 2012 auf den Prüfstand gestellt werden. **++ Geichstellung konkret —** Die IG Metall führt die Frauenquote in Aufsichtsräten ein. Bei kommenden Aufsichtsratswahlen wird ein Frauenanteil von 30 Prozent der externen Vertreterinnen und Vertreter in Aufsichtsräten angestrebt. Betriebliche Arbeitnehmerinnen sollen entsprechend dem Geschlechterverhältnis in der Wählerschaft vertreten sein. **++ Jeder fünfte Geringqualifizierte arbeitslos —** die Arbeitslosenquote bei Personen ohne Berufsabschluss 2009 bei 21,9 Prozent – bei Hochschulabsolventen dagegen bei 2,5 Prozent (Bundesagentur für Arbeit).

Bundesmigrationskonferenz der IG Metall 2011

„Gemeinsam für ein gutes Leben – alle Menschen sind Deutschlands Reichtum“

Interkulturelle Öffnung, Weiterbildung für Migrantinnen und Migranten, die junge Migrantengeneration – Schlaglichter der Bundesmigrationskonferenz der IG Metall, die im Februar zum achten Mal stattfand. Was kann die IG Metall, was kann in den Verwaltungsstellen und Betrieben unternommen werden, um Teilhabe von Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund zu stärken? Was brauchen wir als IG Metall, um etwas zu bewegen? Auf der Konferenz gab es Raum, um diesen Fragen nachzugehen.

Die Erwartungen an die Konferenz waren so vielfältig wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Allen voran stand der Wunsch, als Ausschuss stärkeres Gehör zu finden - auch in der IG Metall. „Ich erwarte von der Konferenz, dass wir stärker auf die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund aufmerksam machen können. Auch in den Gewerkschaften hat es lange gedauert, bis das Thema zusammenleben und zusammenarbeiten angekommen ist“, sagt Charis Deligiannis, der bis zu seiner Rente 20 Jahre als Betriebsrat bei Daimler gearbeitet hat. „Wir sind nichts anderes als andere Mitglieder auch: Wir sind im gleichen Boot und üben die gleichen Tätigkeiten aus.“ Dusan Vesenjak von der Verwaltungsstelle Reutlingen sieht es ähnlich und wünscht sich einen beiderseitigen Austausch: „Zum einen möchte ich Informationen zu den Themen, die uns betreffen. Zum anderen möchte ich aber auch Inputs an die IG Metall geben, Themen, die uns beschäftigen und mit denen wir uns tagtäglich auseinandersetzen.“ Gelegenheit dazu gab es unter anderem mit Detlef Wetzel, 2. Vorsitzenden der IG Metall, der sich den durchaus kritischen Fragen der Kolleginnen und Kollegen stellte.

Integration gelungen

Auch der Migrationsexperte Professor Klaus J. Bade fand klare Worte. „Integration ist nicht gescheitert“, so sein Fazit.

titelthema

Vielmehr zeigen seine Studien, dass Integration in Deutschland, auch im internationalen Vergleich, in vielen Bereichen immer erfolgreicher werde. In Bezug auf die Sarrazin-Debatte und das darauf folgende Medienecho unter dem Motto: ‚Nur eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht' sagte er: „Deshalb auch verkaufte sich die falsche Information, die Integration sei schlechter als ihr Ruf, viel besser als die zutreffende gegenteilige Botschaft, dass nämlich Integration im Alltag der Einwanderungsgesellschaft viel besser ist, als ihr von der Desintegrationspublizistik beschädigter Ruf im Land!" In Bezug auf das Thema der Konferenz „Gemeinsam für ein gutes Leben – alle Menschen sind Deutschlands Reichtum", erinnerte er an das Leitbild des Einwanderungslandes Kanada: Vielfalt ist unsere Stärke und an das Motto der Arbeiterbewegung: Nur gemeinsam sind wir stark. Als Motto der Arbeiterbewegung in der Einwanderungsgesellschaft regte er an ‚Stärke aus Einheit in Vielfalt'. Um die Vielfalt in der IG Metall ging es unter anderem in einem der insgesamt sechs Workshops, in denen zentrale Ansatzpunkte für die betriebliche Arbeit diskutiert wurden. Es standen die Themen Leiharbeit, interkulturelle Öffnung, Mitgliederentwicklung, Junge Generation, Teilhabe im Betrieb und die solidarische Gesellschaft im Blickfeld. Experten und Expertinnen aus Wissenschaft und Praxis lieferten hier zunächst Inputs, doch bei der wissenschaftlichen Betrachtung sollte es nicht bleiben. Anschließend wurde überlegt, wie das Thema in der betrieblichen Praxis oder in der Arbeit in den Verwaltungsstellen aufgegriffen werden kann. In den Foren wurden dann Botschaften entwickelt, die im Plenum vorgestellt wurden.

Interkulturelle IG Metall

„Die IG Metall muss insgesamt jünger, weiblicher und kulturell vielfältiger werden", forderte Nihat Öztürk, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Düsseldorf–Neuss im Workshop zur Interkulturellen Öffnung der IG Metall. Zwar sei die IG Metall in Hinblick auf die Vertretungen von Menschen mit Migrationshintergrund in den Gremien durchaus weiter voran geschritten als andere Verbände oder Parteien, dennoch gebe es Handlungsbedarf: „Unsere Aufgabe als haupt- und ehrenamtliche Funktionäre ist es, möglichst viele Mitglieder bei den Migrantinnen und Migranten, auch bei den neuen Zuwanderergruppen, zu werben und dafür zu sorgen, dass aus ihren Reihen viele Vertrauensleute, Betriebsräte und Jugendvertretungen gewählt werden." Nur indem junge motivierte Kolleginnen und Kollegen Verantwortung in den Betrieben übernehmen und sich weiter qualifizieren, könnten sie anschließend weitere Funktionen ausüben. Die Botschaft aus dem Forum lautete dann auch, dass die IG Metall Strategien, Konzepte und Instrumente hat, die im Forum gesammelt wurden. Die Aufgabe der Anwesenden auf der Konferenz inklusive dem Plenum sei, diese zu stärken. „Ich hoffe, dass alle Kollegen mit ein bisschen Feuer nach Hause gehen", so Hüseyin Ucar, pädagogischer Mitarbeiter im Bildungszentrum Sprockhövel und Moderator im Forum zur Interkulturellen Öffnung der IG Metall, „Wir haben hoffentlich genug Futter mitgegeben, um dieses Feuer am lodern zu halten. Denn allein die Beschäftigten bei der IG Metall werden das Thema nicht umsetzen können, wir brauchen die Leute vor Ort." Ein Thema, das vielen unter den Nägeln brannte, war die Leiharbeit: Ein Drittel der Leiharbeitnehmer in Deutschland sind Hilfsarbeiter, also im an- und ungelernten Bereich tätig, und von diesen sind wiederum 60 Prozent Migranten und Migrantinnen. Diese sind, so eine aktuelle Studie der Otto-Brenner-Stiftung, besonders von Ausbeutung betroffen (dazu ausführlicher: IG Migration, Dezember 2010). Andrej Heier, Betriebsrat bei der Firma Terex in Zweibrücken berichtet von einem Fall, der ihn besonders bewegt hat: „Ein Leiharbeiter wandte sich an uns als Betriebsrat, weil er seit zwei Monaten keinen Lohn mehr erhalten hatte. Er war verzweifelt, wusste nicht, wie er seine Familie ernähren soll. Kündigen wollte er nicht, er hoffte immer noch auf eine Festanstellung bei uns. Wir hatten aber keine rechtliche Möglichkeit ihm zu helfen, konnten ihm nur raten zu

kündigen. Letztlich haben wir den Fall gemeldet und dafür gesorgt, dass die Zusammenarbeit mit der Firma, die offenbar vor der Insolvenz stand, gekündigt wurde. Das war für den betroffenen Kollegen aber keine Lösung. Hier wünsche ich mir bessere Gesetze, damit wir auch in solchen Fällen eingreifen können.“ Gioacchino Lo Brutto, Betriebsrat bei der Firma Joseph Vögele AG in Ludwigshafen war selbst zehn Jahre lang als Vorarbeiter in einer Leiharbeitsfirma beschäftigt, bis er endlich eine Festanstellung fand. Eine Situation, die er unerträglich findet: „Unsere Gesetze zur Leiharbeit sind eine Frechheit! Wir brauchen hier dringend eine Änderung!“ Ein im Forum diskutierter Ansatzpunkt war beispielsweise der Tarifvertrag Stahl, in dem der Grundsatz ‚gleiche Arbeit, gleiches Geld‘ das erste Mal in einem Tarifvertrag festgehalten worden sei. „Leiharbeiter müssen nach dem Tarifvertrag in den Betrieben, in denen sie eingesetzt sind, genauso wie die Festangestellten entlohnt werden“, fordert Sadiye Mesci-Alpaslan, politische Sekretärin bei der IG Metall Duisburg-Dinslaken, die das Forum als Moderatorin begleitete. Wenn dem nicht so sei, könne man Ansprüche stellen und durchsetzen. „Vorausgesetzt allerdings“, betont Sadiye Mesci-Alpaslan, „dass man IG Metall Mitglied ist. Denn nur für die IG Metall Mitglieder gilt der ausgehandelte Tarifvertrag.“ Festgehalten wurde in dem Workshop, dass es in den Betrieben wichtig sei, Angst abzubauen. Der Druck auf die Arbeitgeber müsse erhöht werden, beispielsweise indem Stammbeschäftigte und Leiharbeitnehmer aufgeklärt und systematische Aktionen durchgeführt werde. Ein weiterer Vorschlag aus dem Workshop war, dass jede Verwaltungsstelle eine Vertrauensperson benennt, die Zugang zu den ethnischen Communities hat.

Austausch unterstützt

Der Austausch zwischen den Teilnehmenden war zentraler Bestandteil im Konzept der Konferenz. Im Vorfeld der Veranstaltung hatte ein Gremium aus den Migrationsausschüssen gemeinsam mit dem Ressort Migration die Veranstaltung geplant. Statt der bislang üblichen Sitzreihen gab es nun gemeinsame Tische, an denen jeweils Diskussionsleiter und -leiterinnen die Gespräche anregten und leiteten. „Mir hat die Sitzordnung an den Tischen gut gefallen. So saß nicht jeder bei denen, die er schon kannte, sondern wir wurden bunt gemischt“, sagt Irina Vavitza von der Verwaltungsstelle Lippstadt, die an ihrem Tisch die Moderation übernahm „Diese Gruppenarbeit fand ich sehr gut, denn so hatte jeder die Gelegenheit zu Wort zu kommen. Jeder Kollege und jede Kollegin konnte berichten, was bei ihm oder ihr im Betrieb schwer durchzusetzen ist, wo es Probleme gibt, was gut läuft. Das war ein guter Ansatzpunkt.“ Allerdings bedauert sie, dass zu wenig Zeit zur Verfügung stand: „Insbesondere nach dem Vortrag von Professor Bade hätten wir gerne noch einiges aufgegriffen und vertiefend diskutiert. Es war schade, dass dies wegen der knappen Zeit zu kurz gekommen ist.“

Zukunftsperspektiven

Am Ende der Veranstaltung standen vor allem Überlegungen für die Zukunft im Raum. Petra Wlecklik vom Ressort Migration betont: „Es geht jetzt darum, dass die Inhalte vor Ort weitergetragen werden. Wir können hier den Anstoß bieten, die eigentliche Arbeit muss in den Verwaltungsstellen und Betrieben laufen.

Wir unterstützen dabei durch Beratung und mit Seminaren.“ „Zukünftig wird es entsprechend einemVorstandsbeschluss jährliche Tagungen geben. So können die Themen verbindlich und zielorientiert auf der Tagesordnung bleiben“, erläuterte Hüseyin Aydin vom Ressort Migration. Einen Teil der Verantwortung tragen die KollegInnen in den bezirklichen und regionalen Ausschüsssen für den Erfolg bei der Umsetzung vor Ort. „Einen anderen Teil wir im Ressort für die Verknüpfung und das Sichtbar machen der migrationspolitischen Themen in allen Handlungsfeldern und auf allen Ebenen der Organisation“, ergänzt Petra Wlecklik.

Beiträge, Ergebnisse und Fotos der Konferenz finden sich unter www.extranet.de.
Hier kann auch die Begleitbroschüre „Für eine solidarische Gesellschaft – Gegen Rassismus und Ausgrenzung!“ mit den Forderungen an die IG Metall, die Betriebsräte und an die Politik, Kommunen, die Kammern und Arbeitgeber heruntergeladen werden.

Nach der Einschätzung des Sachverständigenrat (SVR)-Gutachtens vom Mai 2010 wird Integration in Deutschland in vielen Bereichen zunehmend erfolgreicher, auch im internationalen Vergleich. Ein verhalten positives Bild von Integration sprach nicht nur aus den objektiven bereichsspezifischen Integrationsindikatoren, sondern auch aus den subjektiven Einschätzungen des Integrationsalltags bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Das SVR-Integrationsbarometer zeigte dazu: Beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft sehen Integration pragmatisch und zuversichtlich. Und sie haben ein hohes Grundvertrauen zueinander. Kein Zweifel: In Sachen Integration gibt es in Deutschland auch soziale Dunkelzonen und spannungsgeladene Problembereiche. Sie wurden im SVR-Jahresgutachten 2010 klar angesprochen: Sie sind Folgen von Versäumnissen der Vergangenheit auf beiden Seiten, also in Integration und Integrationspolitik. An der breiten Basis der Sozialpyramide leben in Deutschland viele Familien mit starken, zum Teil über Generationen hinweg anhaltenden Integrationsdefiziten als Teil einer ‚neuen Unterschicht' mit, aber auch ohne Migrationshintergrund. Die ‚neue Unterschicht' hat eine offene Grenze nach unten in die strukturelle Randständigkeit, aus der sich viele kaum mehr aus eigener Kraft befreien können. Ihre prekären Sozialmilieus werden durch die in Deutschland besonders ausgeprägte ‚Vererbung' der sozialen Startnachteile über das Bildungssystem intergenerativ stabilisiert. Von gleichen Bildungschancen oder gar Bildungserfolgen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund kann auch deshalb noch nicht die Rede sein. Es gibt aber nicht nur eine bildungspolitische, sondern auch eine im weitesten Sinne gesellschaftspolitische Seite des Problems: Die unzureichende Qualifikation vieler Jugendlicher aus prekären Milieus mit und ohne Migrationshintergrund blockiert nicht nur deren individuelle Zukunfts- und Erwerbschancen. Sie begrenzt zusätzlich auch das – mittelfristig schon aus demographischen Gründen schrumpfende – Arbeitskräfteangebot. Und sie belastet durch zum Teil schon ‚ererbte' Transferabhängigkeit den Sozialetat im Wohlfahrtsstaat. Mehr noch: Erste vergleichende Beobachtungen zur Qualifikationsstruktur der neuen Ab- bzw. Auswanderung aus Deutschland in die wirtschaftlich boomende Türkei - die längst ein Einwanderungsland ist, während Deutschland vielleicht bald ein Auswanderungsland sein wird - zeigen: Deutsch-türkische Qualifizierte der zweiten oder dritten Einwanderergeneration, die nach der ‚Sarrazin-Debatte' wie unter Schock stehen, streben verstärkt in die Heimat der Eltern oder Großeltern zurück - aber nicht in ländlich-rückständige Regionen, sondern nach Istanbul oder z.B. in die kraftvoll wachsenden ‚Tigerstädte' Anatoliens. Der soziale Frieden in einer Einwanderungsgesellschaft lebt vom Grundvertrauen zwischen Mehrheits- und Einwandererbevölkerung. Die ‚Sarrazin-Debatte' hat über diesem, seriösen Umfragen zufolge, in Deutschland in der breiten Mitte nach wie vor tragenden Grundvertrauen mancherlei Oberflächenwirbel erzeugt. Es geht um die Sicherung des sozialen Friedens in der Einwanderungsgesellschaft. Es geht um die Aufklärung von gefährlichen Fehleinschätzungen. Und es geht um die Abwehr von Brandstiftern aus der Desintegrationspublizistik, die, als Aufklärer getarnt, solche Fehleinschätzungen schüren. Das Motto der Bundesmigrationskonferenz der IG Metall lautet: ‚Gemeinsam für ein gutes Leben – alle Menschen sind Deutschlands Reichtum'. Die Arbeiterbewegung wusste ‚Nur gemeinsam sind wir stark'. Das Motto der Arbeiterbewegung in der Einwanderungsgesellschaft könnte also heißen: ‚Stärke aus Einheit in Vielfalt'.

Prof. Dr. Klaus J. Bade
Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR),
http://www.kjbade.de.

Der Vortrag „Integration in Deutschland: Erfolge-Defizite-Panik" der BMK kann unter igm-migration@igmetall.de bestellt werden.

Alkoholfreier Arbeitsplatz

Muslimische Arbeitnehmer können einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts zufolge berechtigt sein, das Arbeiten mit alkoholischen Getränken zu verweigern. In dem vorliegenden Fall war ein Moslem in die Getränkeabteilung eines Warenhauses versetzt worden. Er weigerte sich, die Tätigkeit auszuüben, da ihm nach dem Koran jeglicher Umgang mit Alkohol verboten sei. Der Arbeitgeber kündigte ihm daraufhin außerordentlich. Das Gericht stellte nun fest, dass die Kündigung unwirksam ist, da zunächst zu prüfen sei, ob ihm eine andere Tätigkeit zugewiesen werden könne. Dazu müsse der Arbeitnehmer allerdings ausführen, welche Beschäftigung er übernehmen kann. Besteht keine andere Beschäftigungsmöglichkeit, könne aber durchaus eine Kündigung erfolgen. Die Klage wurde damit an die Vorinstanz zurückgewiesen, um den Sachverhalt näher zu klären.
BAG vom 24.02.2011, 2 AZR 636/09

Einschränkung der Entsendung rechtens

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes dürfen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Entsendung polnischer Arbeitnehmer von einer Arbeits- oder Beschäftigungserlaubnis abhängig machen. Hintergrund des Urteils war ein Fall, in dem Bußgeld bezahlt werden sollte, weil polnische Arbeitnehmer ohne Arbeits- bzw. Beschäftigungserlaubnis in die Niederlande entsandt wurden.
EuGH vom 10. Februar 2011, C-307/09, C-308/09 und C-309/09

Schöffen müssen Deutsch sprechen

Bislang mussten Schöffen ‚nur' die deutsche Staatsangehörigkeit haben, in Zukunft müssen sie, einem Urteil des Bundesgerichtshofes zur Folge, auch die deutsche Sprache sprechen können. Hintergrund ist ein Urteil, bei dem eine russischsprachige Schöffin mitgewirkt hatte. Sie benötigte für die Beratungen einen Dolmetscher. Der Bundesgerichtshof hob die Verurteilung in dem Fall nun auf, da die Strafkammer mit der Schöffin „nicht vorschriftsmäßig besetzt" gewesen sei. Die hinzugezogene Dolmetscherin habe zudem gegen das richterliche Berufsgeheimnis verstoßen. Mit diesem Urteil wurde eine seit Mitte letzten Jahres geltende Änderung im Gerichtsverfassungsgesetz bekräftigt, nach dem Personen ohne hinreichende Sprachkenntnisse nicht zu Schöffen berufen werden sollen.
BAG vom 26.01.2011, Az.: 2 StR 338/10

Abschiebung von Jugendlichen ausgesetzt

In Berlin wird die Abschiebung langjährig geduldeter Jugendlicher ausgesetzt. Wenn für die Jugendlichen eine „positive und hinreichend belastbare Integrationsprognose gestellt werden kann" soll die Abschiebung ausgesetzt werden. Damit greift Berlin einem Gesetzesentwurf auf Bundesebene zur sogenannten ‚Altfallregelung' vor, der derzeit diskutiert wird. Die Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren hatte sich bereits Ende November dafür ausgesprochen, gut integrierten geduldeten Jugendlichen eine eigene Aufenthaltsmöglichkeit zu bieten.
Bundestagsdrucksache 17/4401

Einreise ohne Visum möglich

Seit Ende letzten Jahres können Staatsangehörige von Albanien und Bosnien-Herzegowina ohne Visum in den sogenannten Schengen-Raum einreisen (EU-Schengen-Länder). Hier können sie in einem Sechs-Monats-Zeitraum bis zu 90 Tagen bleiben. Allerdings gilt diese Möglichkeit nur für Inhaber der neuen biometrischen Pässe. Inhaber älterer Pässe müssen weiterhin ein Visum vorweisen.
Pressemitteilung vom Rat der Europäischen Kommission vom 8.11.2010, 15848/10

Härtefallregelung für Spätaussiedler

Dauerhafte Familientrennungen von Spätaussiedlern sollen nach einer Änderung des Bundesvertriebenengesetzes, die Anfang Februar 2011 von der Bundesregierung beschlossen wurde, verhindert werden. Ehepartner oder Kinder eines Spätaussiedlers können nun nachträglich in den Aufnahmebescheid einbezogen werden, auch wenn sie sich zunächst entschieden hatten, im Herkunftsland zu bleiben. http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2011/02/bundesvertriebenengesetz.html

„Wir geben nicht auf!“

Wälder, Wiesen, sogar ein kleines Fußballstadion, gesponsert von einem der einflussreichsten Unternehmer der Stadt: Die Stadt Horb am Neckar, das ‚Tor zum Schwarzwald‘. Wenn man allerdings etwas genauer hinsieht, bekommt das idyllische Bild tiefe Risse. Denn die Gründung eines Betriebsrats wird hier offenbar nicht überall gern gesehen.

45 Jahre lang war in dem Unternehmen Volz Luftfilter scheinbar alles in Ordnung. Dann machten sich einige Mitarbeiter auf, einen Betriebsrat zu gründen. Ein Affront, wo doch alles bestens im Unternehmen lief! Die Gründe für die Mitarbeiter könnten ganze Bücher füllen, so Robert Schuh, der als politischer Sekretär die Neugründung des Betriebsrates bei Volz Luftfilter begleitete: „Das geht los bei Zugangskontrollen an den Toiletten, über Arbeitszeiten über das Arbeitszeitgesetz hinaus bis hin zu willkürlichen Arbeitszeitenvorgaben.“ Als ihm mehr und mehr Gerüchte über die Zustände vor Ort zu Ohren kommen, verteilt er Flugblätter vor dem Unternehmen. Dabei stößt er auf offene Ohren, denn die Zustände sind für die Beschäftigten längst unerträglich geworden. „Ich habe gesehen, wie Kolleginnen weinend den Arbeitsplatz verlassen haben“, erzählt Alexander Rossoschanski, Betriebsratsvorsitzender bei Volz Luftfilter. Als dann noch die Arbeitszeiten erhöht werden, das Weihnachts- und Urlaubsgeld gestrichen wird und er mehrfach vor Gericht gegen seine Kündigung angehen muss, reicht es ihm. Gemeinsam mit anderen Kollegen macht er sich mit der Unterstützung der IG Metall auf, einen Betriebsrat zu gründen. Ein Vorhaben, das in der Geschäftsführung nicht gerade auf Gegenliebe stieß. „Es wurde gedroht, dass nach einer Betriebsratswahl 200 Mitarbeiter entlassen werden müssten, sogar eine Verlagerung des Unternehmens in die Slowakei wurde in Zusammenhang mit der Betriebsratswahl ins Spiel gebracht“, erzählt Alex Rossoschanski. Dabei lagen die Pläne zur Gründung eines weiteren Werks in Slowenien zu dem Zeitpunkt schon längst fertig in der Schublade und hatten nichts mit der Betriebsratswahl zu tun. Doch auch andere Mittel wurde genutzt, um die Wahl zu verhindern: „Wir wurden als russische Mafia beschimpft, Ängste damit geschürt“, so Alex Rosso-

schanski. Doch nicht nur auf dieser Ebene wurde versucht die Betriebsratsgründung zu verhindern. Unklarheiten im Betriebsverfassungsgesetz wurden genutzt, um die Rechtmäßigkeit der Wahlveranstaltung vor Gericht zu bezweifeln. In der zehnstündigen Verhandlung einigten sich die Kolleginnen und Kollegen mit der Geschäftsführung, eine neue Wahlversammlung durchzuführen, auch wenn sie ihrer Meinung nach im Recht waren. „Mir war das egal, es ist ja der Arbeitgeber, der den Produktionsausfall bezahlen muss“, sagt Robert Schuh lakonisch. Im Gegenzug leitete der Arbeitgeber selbst die Wahlen ein, was ihm vom Gericht untersagt wurde. Irgendwann bemerkte der Arbeitgeber dann, dass die Wahl nicht mehr verhindert werden konnte. Woraufhin plötzlich eine zweite Liste auftauchte, so dass es zur Listenwahl kam. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Dennoch war das Ergebnis klar, 7:4. Alex Rossoschanksi wurde anschließend zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Inzwischen machten die Einschüchterungsversuche Schlagzeilen, ein Gespräch mit dem Bürgermeister wurde einberufen, das aber scheitert, weil niemand vom Betriebsrat teilnehmen konnte. Alex Rossoschanski war krank, seine Vertreterin hatte zuvor eine Abmahnung erhalten und wurde mit Kündigung bedroht, weil sie im Dienste des Betriebsrates den Arbeitsplatz verlassen hatte. „Offenbar ein Einschüchterungsversuch“, urteilt Robert Schuh. Doch die Beschäftigten vor Ort machten trotz Druck weiter – mit Erfolg. Über 100 neue IG Metall-Mitglieder konnten die Kolleginnen und Kollegen von der IG Metall Liste gewinnen – Tendenz steigend. Um den Arbeitgeber weiter unter Druck zu setzen, sucht sich Robert Schuh Unterstützung von Außen: „In solchen Situationen ist es wichtig, sich Zulieferer und Abnehmer des Unternehmens genau anzusehen. Volz Luftfilter beliefert unter anderem Daimler Benz. Deswegen haben wir den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Erich Klemm von Daimler Benz mit eingezogen. Der Vorstand von Daimler Benz hat daraufhin Volz Luftfilter aufgefordert, sich an die vom Unternehmen festgelegten Bestimmungen für Zulieferer zu halten. Dort ist geregelt, dass Gewerkschaften zugelassen werden müssen – eine Regelung, die in Deutschland eigentlich selbstverständlich sein sollte!“ Auf der Internetseite von Volz Luftfilter heißt es inzwischen: „Die Mitarbeiter und ein offenes und faires Betriebsklima waren und bleiben für unser familiengeführtes Unternehmen eine wichtige Stütze. Deshalb begrüßen wir die Gründung eines Betriebsrats.“ Doch es bleibt offenbar ein Lippenbekenntnis. So wird aktuell wieder einmal vor Gericht verhandelt, diesmal eine Betriebsvereinbarung. Alex Rossoschanski, der mit seinen beiden Betriebsratskolleginnen Elena Miller und Helena Kosak an der Bundesmigrationskonferenz der IG Metall teilnahm: „Wir geben nicht auf. Wir haben inzwischen zwei Betriebsvereinbarungen erarbeitet, zu den Urlaubsregelungen und zur Leiharbeit. Die dritte, die Arbeitszeiten und –entgelte regeln soll, ist derzeit strittig. Aber wir werden alles daran setzen, sie durchzusetzen.“

Russischsprachige KollegInnen in und mit der IG Metall

Am Rande der Bundesmigrationskonferenz sprachen wir mit Andrej Bott, Vertrauensmann bei der Robert Bosch GmbH, der mit seinen Kollegen Andrej Heier und Alexander Dell an der Bundesmigrationskonferenz teilnahm.

IGMigration: „Ihr habt bei Euch im Betriebsrat zusammen mit dem Ressort Migration der IG Metall ein Seminar zur Anwerbung russischsprachiger Migrantinnen und Migranten durchgeführt. Warum war Euch das wichtig?“

Andrej Bott, Vertrauensmann bei der Robert Bosch GmbH:
„Ich habe mich lange dafür eingesetzt, dass wir dieses Seminar durchführen. Russischsprachige Kolleginnen und Kollegen sind ein großes Potenzial für die Gewerkschaft. Lange Zeit wurde in der Gewerkschaft diese Migrantengruppe zu wenig wahrgenommen. Wir fallen wegen der deutschen Staatsangehörigkeit in der Statistik nicht auf, aber trotzdem haben wir Probleme durch den Migrationshintergrund, vor allem am Arbeitsmarkt.“

Was hat das Seminar verändert?
„Zunächst einmal haben alle Kolleginnen und Kollegen Informationen über unsere Lage erhalten. Beispielsweise, warum wir als Spätaussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Zum anderen haben wir darüber gesprochen, warum viele von uns der Gewerkschaft, die in Russland staatskontrolliert war, skeptisch gegenüber stehen. Mir ist wichtig, dass die IG Metall auch zeigt, dass sie sich für uns und unsere Probleme interessiert.“

Warum hast du dich im Betriebsrat engagiert?
„Das war eine längere Geschichte. Zunächst einmal war ich unzufrieden mit der Situation. Ich war der Ansicht, dass die Gewerkschaft uns nicht helfen kann, deswegen bin ich ausgetreten. Dann haben wir immer wieder mit Kollegen darüber gesprochen, fast zwei Jahre lang. Schließlich waren wir uns einig, dass wir die Probleme nur als Mitglieder der IG Metall gemeinsam angehen können. Ich allein kann die Lage für uns nicht verbessern, aber mit Hilfe der Gewerkschaften können wir etwas tun.“

Was kann die IG Metall machen, um euch einzubinden?
„Das ist nichts, was von heute auf morgen geht. Es reicht nicht, ein Seminar durchzuführen oder an der Bundesmigrationskonferenz teilzunehmen. Wir brauchen mehr Informationen in den Betrieben, über unsere Herkunft und Situation. Wir müssen auch mehr russischsprachige Vertrauensleute und Betriebsräte haben. Ich denke, Integration muss von beiden Seiten kommen, das gilt auch für die Gewerkschaft. Wir müssen uns auf die Gewerkschaft zubewegen und sie sich auch auf uns.“

Welches Thema liegt euch am Herzen?
„Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen ist sicherlich so ein Thema. Ich selbst habe in Kasachstan studiert, dieses Studium wurde hier von staatlicher Seite zwar anerkannt aber nicht im Betrieb. Aber die Anerkennungsmodalitäten sind sehr unterschiedlich, je nach Bundesland kann die Anerkennung andere Ergebnisse haben. Im Betrieb ist es ein großes Problem, dass Kolleginnen und Kollegen mit höherer Qualifizierung an Arbeitsplätzen eingesetzt werden, in der sie ihre Kompetenzen überhaupt nicht nutzen können. Und das in einer Zeit, in der die Bundesregierung von einem Fachkräftemangel spricht. Aber eine reine Anerkennung von staatlicher Seite reicht nicht, sie muss auch im Betrieb anerkannt sein und genutzt werden. Hier wäre es wichtig, dass sich die IG Metall eindeutig positioniert.“

Was man wissen sollte
... Russe, Russlanddeutsche, Aussiedler – das ist doch alles das gleiche, oder? Auch wenn sie in Deutschland oft als ‚die Russen‘ gesehen werden, ihr Migrationshintergrund ist überaus vielfältig in Bezug auf Motivation, Herkunft, Alter und Religion und Verfolgung in der ehemaligen Sowjetunion.

Hinweise:

Broschüre „...von Novosibirsk nach Nürnberg‘, Betriebliche Handlungshilfe für die Werbung russischsprachiger Beschäftigter“ herunterladen und bestellen.
http://extranet.igmetall.de,
Bestellnr.: 16648-23932

Das Ressort Migration führt Seminare zum Thema „Mitgliederwerbung von russischsprachigen Beschäftigten“ durch. Informationen bei:
petra.wlecklik@igmetall.de

Foto: IG Metall/Kirchgässner

Interview mit Wolfgang Rhode

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

IGMigration: „Acht Jahre lang hast du das Ressort Migration begleitet. Was waren die wichtigsten Ereignisse für Dich in dieser Zeit?“

Wolfgang Rhode: „Am Beginn meiner Tätigkeit standen wir in einer tiefgreifenden Umbruchsituation. Wir haben festgestellt, dass die bisherige Migrationsarbeit nicht weitergehen kann. Es war klar, dass wir in Bezug auf migrationspolitische Themen aber auch bei der Mitgliedergewinnung und Mitgliederhaltung mehr machen müssen. Jetzt gehen wir beharrlich in die veränderte Richtung. Wir sind auf dem Weg, aber noch ist der Fortschritt eine Schnecke.“

IGMigration: Was konnte in den letzten Jahren auf politischer Ebene erreicht werden?

Wolfgang Rhode: „Es hat sich in den letzten Jahres einiges getan, aber es ist noch zu wenig. Wir haben aktiv am Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung mitgearbeitet und hier immer wieder zur Sprache gebracht, dass wir ein Bildungssystem brauchen, dass die Menschen mit ausländischen Wurzeln befähigt, in dieser Gesellschaft ein gutes Leben zu führen. Außerdem ist die strukturelle Diskriminierung und systematische Benachteiligung bei der Ausbildungsplatzvergabe nicht hinnehmbar. Das sind die Ansatzpunkte, die angegangen werden müssen – nicht die angebliche Integrationsverweigerung. Wir wollen, dass anerkannt wird, was die Migrantinnen und Migranten für die deutsche Gesellschaft leisten. Deswegen habe ich auch Strafanzeige gegen Thilo Sarrazin gestellt. Wenn hier Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht gestellt werden, ist das meiner Meinung nach Volksverhetzung und trägt nichts zu einer konstruktiven Debatte bei. Wir erwarten, dass die Bundesregierung solchen Tendenzen entgegen tritt und dass sie ausreichend Steuergelder in die Hand nimmt für die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten – und nicht ständig bei Banken spendabel ist!.“

IGMigration: Wo siehst Du wesentliche Punkte für die Zukunft der Migrationsarbeit der IG Metall?

Wolfgang Rhode: „Wir müssen dazu beitragen, dass die ganze Organisation das Thema berücksichtigt, nicht nur wir, die sich damit beschäftigen. Das Stichwort Migration muss sich in den Überlegungen der gesamten IG Metall wiederfinden. Es ist Aufgabe der ganzen Organisation. Deshalb hoffe ich, dass wir als IG Metall beim Thema Vielfalt weiter voran kommen. Es gibt da einige schöne Pflänzchen, aber die müssen noch wachsen und gedeihen. Das gleiche gilt für die Mitgliederwerbung, hier müssen wir dafür sorgen, dass sich neue Migrantengruppen und auch die zweite und dritte Generation in der IG Metall engagiert und mit dazu beiträgt, dass die IG Metall vielfältig aufgestellt ist.“

IGMigration: Was nimmst Du mit von den Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund?

Wolfgang Rhode: Der Migrationsbereich und die Migrationsausschüsse waren nie unkritisch, stromlinienförmig oder schweigsam. Aber so wie Eltern meist ihr Kind, das am wenigsten angepasst ist, am meisten lieben, so kann ich sagen, war mir dieser Bereich der Liebste. Deswegen wünsche ich meinen Kolleginnen und Kollegen, dass sie bleiben wie sie sind: kritisch, jederzeit aufmerksam und immer bereit sich positiv einzumischen, um ihre Anliegen zum Erfolg zu bringen!

Das Ressort Migration und die Migrationsausschüsse bedanken sich bei Wolfgang Rhode für die sehr gute Zusammenarbeit der letzten Jahre!

Migration im Mittelpunkt der IG Metall — Statements und Eindrücke

Seit Anfang diesen Jahres ist das Ressort Migration dem Funktionsbereich Mitglieder und Kampagnen beim IG Metall Vorstand und hier dem Team ‚Strategische Personen- und Zielgruppen" zugeordnet. „Das Ressort bleibt bestehen", betont ***Christiane Benner, Teamleiterin der ‚Strategischen Personen- und Zielgruppen'***, „wir haben weiterhin autonome Strukturen. Damit haben wir die Chance, Themen wie Anerkennung ausländischer Studienabschlüsse, Gleichstellung von Frauen und Männern, Deutschen und Beschäftigten mit Migrationshintergrund in den Betrieben besser voran zu bringen. ***Michael Leßmann, Leiter des Funktionsbereichs Mitglieder und Kampagnen***, dem das Ressort zugeordnet ist, sieht durch die Strukturänderung ebenfalls gute Chancen. „Die Kampagnen konzentrieren die wichtigen Themen der IG Metall. Wir können nun das Thema Migration in den Bereichen so bearbeiten, dass es tatsächlich eine Querschnittsaufgabe ist." So wird aktuell bei der Kampagne ‚Gemeinsam für ein gutes Leben' mit dem Themenschwerpunkt Junge Generation die Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein besonderes Gehör finden. „Es ist wichtig, diese einzubeziehen, etwa bei Überlegungen gegen strukturelle Diskriminierungen bei der Ausbildungsplatzvergabe oder ungleiche Bildungschancen." Eine personelle Einschränkung sieht Leßmann nicht. „Das Ressort Migration wird personell in der jetztigen Stärke beibehalten", so Leßmann. „Die Aufgaben des Ressorts Migration haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Dies hatte auch personelle Konsequenzen. Aktuell arbeiten wir dort mit zwei verantwortlichen politischen SekretärInnen und einer Teamleitung." Allerdings, so betont er, sind jetzt in seinem Verantwortungsbereich über 50 Personen beschäftigt, „denen das Thema Migration genauso wichtig ist und zu sein hat, wie ihr eigener Bereich. Wir werden hier ressort- und bereichsübergreifend arbeiten und dadurch effektiver vorgehen können als bisher", so seine Erwartung. In Zukunft sollen jährliche Tagungen die Arbeit im Ressort Migration flankieren. „Wir können damit kontinuierlicher arbeiten und haben dadurch häufiger die Möglichkeit, in einem größeren Kreis zusammen zu kommen und Arbeitsschritte zu verabreden. So können wir prüfen, ob unser Programm, das wir uns vorgenommen haben, auch tatsächlich getragen wird", erläutert Christiane Benner abschließend.

Belma Semizoglu, Betriebsrätin bei BMW
„In der Türkei gibt es das Sprichwort: Eine Hand allein kann nichts machen, aber zwei zusammen können ein lautes Geräusch machen. Und das ist, was man von der Bundesmigrationskonferenz mitnehmen kann. Die IG Metall, die Betriebsräte vor Ort und die Belegschaft müssen zusammen arbeiten, damit sich etwas bewegt."

Hakan Civelek, Gewerkschaftssekretär IG Metall Velbert:
„Neben den wichtigen Inhalten auf der Konferenz, war mir insbesondere wichtig, dass sich die Delegierten, die sich für das Thema Migrationspolitik interessieren und sich für eine gleichberechtigte Teilhabe von Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund im Betrieb einsetzen, auch untereinander austauschen."

Sandra Morabito, Jugendvertreterin und VKL-Mitglied bei Volkswagen in Wolfsburg
„Definitiv kann ich etwas aus unserer Arbeitsgruppe mitnehmen. In unserem Workshop zur Interkulturellen Öffnung gab es eine gute Diskussion, jeder hat sehr direkt seine Meinung gesagt. So macht IG Metall Spaß."

Serdar Üyüküer, Betriebsratsvorsitzender Firma Ixetic
„Ich bin das erste Mal auf dieser Konferenz. Erst hier ist mir klar geworden, wieviel schon bei der IG Metall zum Thema Migration und Integration gemacht wird."

Elena Miller, Betriebsrätin Firma Volz Luftfilter in Horb
„Berufliche Qualifizierung ist ein wichtiges Thema für uns. Auch der Arbeitgeber ist hier gefragt Angebote zu machen, es kann nicht allein eine private Aufgabe sein."

Dusan Vesenjak, Verwaltungsstelle Reutlingen
„Wir haben einen viel zu hohen Anteil von An- und Ungelernten in den Betrieben. Das führt dazu, dass bei jeder Wirtschaftskrise etliche von ihnen entlassen werden. Ich denke, auf dieser Ebene muss etwas getan werden und möglichst viele Migrantinnen und Migranten, die an- und ungelernt sind, zu Facharbeiter ausgebildet werden."

Petra Wolfram, Bildungszentrum Sprockhövel und Moderatorin des Workshops „Für eine solidarische Gesellschaft"
„Wir müssen schauen, wer ein Interesse daran hat, dass wir nicht einheitlich handeln. Wenn jemand wie Thilo Sarrazin unterwegs ist und versucht Menschen zu kategorisieren, dann treibt das die Gesellschaft auseinander. Dem müssen wir ein klares: Nein! entgegen setzen."

Hasan Yalinci, Verwaltungsstelle Olsberg, Betriebsratsmitglied Egger Holzwerkstoffe GmbH & Co KG, Verwaltungsstelle Olsberg Ortsvorstandsmitglied und Ehrenamtlicher Arbeitsrichter in Arnsberg,
„Mir ist es wichtig, dass wir über den Tellerrand hinausschauen. Zum Beispiel sehen, was in der Wissenschaft diskutiert wird und wir Integration gesamtgesellschaftlich angehen."

Rechte kennen - Rechte durchsetzen

Die IG Metall Aschaffenburg hat für ihre Mitglieder ein Heft aufgelegt mit Informationen für Migrantinnen und Migranten in der Arbeitswelt. Darin wird über die Arbeit des Migrationsausschusses berichtet und Tipps bei Rechtsfragen gegeben.

Rechte kennen – Rechte durchsetzen, hg.v. der IG Metall Aschaffenburg, www.aschaffenburg@igmetall.de

Die Wahrheit hinter Thilo Sarrazins Thesen

Wenn man keine Zahl habe, erklärte Sarrazin einem Reporter der Süddeutschen Zeitung im Zuge der aufgeheizten Debatte um seine Thesen zu Muslimen in Deutschland, muss „man eine schöpfen, die in die richtige Richtung weist, und wenn sie keiner widerlegen kann, dann setze ich mich mit meiner Schätzung durch." Damit das nicht geschieht, haben Forscher und Forscherinnen der Berliner Humboldt-Universität dezidiert hinterfragt, was die vorliegenden Zahlen zu Muslimen in Deutschland wirklich bedeuten. Naika Foroutan (Hg.), Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland, Berlin Dezember 2010; aktualisierte Fassung vom Februar 2011 im Netz unter:
www.heymat.hu-berlin.de

Hotline für Fragen der Freizügigkeit

Am 1. Mai enden die Beschränkungen der Freizügigkeit Menschen aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn können dann ohne Arbeitsgenehmigung in Deutschland arbeiten. Für Personen aus Bulgarien und Rumänien gelten weiterhin die Beschäftigungsbeschränkungen. Die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) beantwortet ab dem 1. Mai unter einer bundeseinheitlichen Telefonnummer Fragen zum Arbeitsmarktzulassungsverfahren.

Hotline der ZAV: Tel. 0228-713 2000

Zwangsarbeit in Deutschland

10 JAHRE Deutsches Institut für Menschenrechte

Man will es kaum glauben – doch auch in Deutschland gibt es Formen der Zwangsarbeit. Menschen wird der Lohn vorenthalten, sie werden zur Arbeit gezwungen, ihrer Rechte beraubt. In einem elfminütigen Kurzfilm hat das Deutsche Institut für Menschenrechte wichtige Informationen zur Zwangsarbeit in Deutschland zusammengetragen. Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in Deutschland unter www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/projekt-zwangsarbeit-heute/presse/film-menschenhandel.html. Außerdem gibt es ein Online-Dossier zum Thema Menschenhandel:
http://www.dimr.eu/categories.php?categoryid=78.

Woche der Weiterbildung - Mitmachen!

Seit fünf Jahren ist die letzte Mai-Woche der Weiterbildung von Menschen mit Migrationshintergrund gewidmet. Betriebe und auch Verwaltungsstellen können sich mit ihren Aktivitäten beteiligen - zum Beispiel mit einer Betriebsversammlung zum Thema Weiterbildung, oder der Einladung an einen örtlichen Weiterbildungsträger, der über seine Angebote berichtet oder mit einem Aktionsstand zur Weiterbildung aufmerksam machen. Wer sich beteiligen möchte, kann die Angebote zur Woche der Weiterbildung melden und so öffentlichkeitswirksam verbreiten. Mehr unter:
www.pro-qualifizierung.de/wdw_2011,
Michaela Dälken, Tel. 0211-4301 198

Jugendliche und Rechtsextremismus

Viele Rechtsextreme sind für Außenstehende kaum noch von Linksextremen Subkulturen zu unterscheiden. Das Medienprojekt Wuppertal hat nun einen Film zu den unterschiedlichen Ausprägungen des Rechtsextremismus erstellt. Unter anderem beschreibt Hans-Peter Killguss vom NS-Dokumentationszentrum Köln Ausprägungen der rechten Szene. Aber auch Betroffene kommen zu Wort.
DVD, 2010, 90 Min., freigegeben ab 12 Jahren, Kaufpreis: 30,– €, Ausleihe 10,– €, www.medienprojekt-wuppertal.de

Ethnische Ungleichheiten

Hört man verschiedene Debatten zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, bekommt man hin und wieder den Eindruck, dass die Begriffe „Ethnie“ oder „Kultur“ statisch und unabänderlich seien, gar vererbt werden können. In der Folge werden soziale Ungleichheiten als naturgegeben dargestellt, die Diskussion über Ausgrenzung und Ungleichbehandlung wird ausgeblendet. Dieter Filsinger setzte sich nun im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung kritisch mit diesen Argumentationsmustern auseinander und hinterfragt Ethnizität als soziales Konstrukt.

Dieter Filsinger: Ethnische Unterscheidungen in der Einwanderungsgesellschaft - eine kritische Analyse, hg.v. der Friedrich-Ebert-Stiftung, http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07693.pdf

Filmtipp: Alemanya

Mit viel Humor und Einfühlungsvermögen erzählt der gerade im Kino angelaufene Film „Alemanya – Willkommen in Deutschland“ die Geschichte von Hüseyin Yilmaz und seiner Familie, die in den ‚Wunderjahren‘ nach Deutschland zum Arbeiten gekommen waren. Eines Tages – gerade nachdem sie die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben – überrascht Großvater Hüseyin seine Familie mit der freudigen Nachricht, in der Türkei ein Haus gekauft zu haben. Gegen den Willen der Familie geht es zurück in die Türkei. Spätestens da stellt sich für die Familienmitglieder die Frage, was Heimat und Identität eigentlich wirklich sind. Doch es folgt keine düstere Integrationsdebatte, die Schwestern Yasemin und Nesrin Samdereli packen ihre Erzählung in muntere Bilder mit intelligentem Witz. Dabei greifen sie eigene Kindheitserinnerungen und Anekdoten auf.

Deine Meinung zählt

Schreib uns, was du zu sagen hast! Zu einem der hier behandelten Themen oder zu einer Sache, die dir unter den Nägeln brennt. Schreib uns deine Meinung zur **IGMigration** — per E-mail: igm-migration@igmetall.de

oder mit der Post an:
IG Metall Vorstand, Ressort Migration
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main

Beitrittserklärung

Mitgliedsnummer
(wird von der IG Metall eingetragen)

*Name
*Vorname
*Land *PLZ *Wohnort
*Straße
beschäftigt bei/PLZ/Ort

*Geburtsdatum
Tag Monat Jahr
*Geschlecht
M=männlich
W=weiblich
Telefon
(☐dienstl. ☐privat)
*Staats-angehörigkeit
*Hausnr. E-Mail (☐dienstlich ☐privat)
Beruf/Tätigkeit/Studium/Ausbildung
☐Vollzeit*
☐Teilzeit*

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich durch organisatorische Personengruppen der IG Metall sowie mit Hilfe von Computern verarbeitet. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

☐befristet beschäftigt ☐Leiharbeitnehmer/in/Werkvertrag
Falls Leiharbeitnehmer/in: Wie heißt der Verleihbetrieb?
ab bis
geworben durch (Name, Vorname)
Mitglieds-Nummer Werber/in

Bankverbindung
*Bruttoeinkommen Beitrag *Kontoinhaber/in
*BLZ *Konto-Nr. *Bank/Zweigstelle
***Ort/Datum/Unterschrift**

Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/-Vertrauensleuten, der IG Metall-Verwaltungsstelle oder schicken an: IG Metall-Vorstand, FB Mitglieder/Kampagnen, 60519 Frankfurt am Main

*Pflichtfelder, bitte ausfüllen
Stand: April 2010

Weitere Informationen unter **www.igmetall.de/beitreten**

Mitglied werden – so geht’s:

Wer Mitglied werden will, kann am Arbeitsplatz IG-Metall Vertrauensleute oder andere Kolleginnen und Kollegen ansprechen, die der IG Metall angehören.

Informationen im Internet:
www.igmetall.de
per Telefon: 069/6693-2578
per E-Mail:
mitglieder@igmetall.de

zu guter letzt…

Auf der Bundesmigrationskonferenz sah man sie überall: Die T-Shirts mit dem IG Metall Logo und der Forderung nach „Respekt!“. Sie sind Teil der Initiative, die sich für einen respektvollen Umgang miteinander einsetzt, gegen Intoleranz, Rassismus und Diskriminierung. Die IG Metall unterstützt die Respekt-Initiative und will sie auf eine andere Ebene bringen. Betriebsräte sollen das Thema Toleranz in die Betriebe tragen. Zur Unterstützung gibt es zum Beispiel Anstecker, ein Buch, eine Torwand und ein „Anti-Idiotikum“. Betriebe und Verwaltungsstellen können für ihre Aktionen die Torwand buchen. Außerdem gibt es ein Schild mit der Aufschrift: „Respekt! Kein Platz für Rassismus“, das inzwischen auch am Eingang des IG Metall Vorstandes in Frankfurt hängt. Dieses Schild steht im Mittelpunkt der Initiative und soll an möglichst vielen Orten angebracht werden - vor allem in Betrieben, in Schulen und an Sportplätzen. Klar ist jedoch: Ein Schild allein ändert nichts. Es soll als Ausgangspunkt genutzt werden, um das Thema stärker zu verankern, beispielsweise über Betriebsversammlungen zur Aus- und Weiterbildung bis hin zu Betriebsvereinbarungen gegen Rassismus. Dabei sollte die Initiative mit bestehenden Aktivitäten wie der Woche gegen Rassismus und den Aktivitäten des Vereins ‚Mach meinen Kumpel nicht an!‘ verknüpft werden. Auf der Bundesmigrationskonferenz stellte Sportreporter Thomas Wark die Kampagne vor. Nuri Sahin von Borussia Dortmund musste leider verletzungsbedingt absagen – aber auch so zeigte die Kampagne Wirkung. Am Ende hatten viele der Delegierten den Ball durch das Netz gekickt und sich mit dem Respektschild fotografieren lassen, um die Initiative zu unterstützen.

Nähere Informationen
zur Initiative und zur Torwand beim IG Metall Vorstand:
www.igmetall.de/respekt